

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Ulrich Heinrich, Gudrun Kopp, Marita Sehn, Ina Albowitz, Hildebrecht Braun (Augsburg), Rainer Brüderle, Ernst Burgbacher, Jörg van Essen, Ulrike Flach, Horst Friedrich (Bayreuth), Walter Hirche, Birgit Homburger, Dr. Werner Hoyer, Ulrich Irmer, Dr. Heinrich L. Kolb, Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, Dirk Niebel, Günther Friedrich Nolting, Hans-Joachim Otto (Frankfurt), Cornelia Pieper, Dr. Edzard Schmidt-Jortzig, Gerhard Schüßler, Dr. Irmgard Schwaetzer, Dr. Hermann Otto Solms, Carl-Ludwig Thiele, Dr. Dieter Thomae, Jürgen Türk, Dr. Wolfgang Gerhardt und der Fraktion der F.D.P.

**zu der Beratung der Unterrichtung durch die Bundesregierung
Agrarbericht 2001 – Agrar- und ernährungspolitischer Bericht der Bundes-
regierung
– Drucksache 14/5326 –**

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf:

1. Ein schlüssiges Konzept zu entwickeln und vorzulegen, um die bisherige produktbezogene Förderung schrittweise durch eine flächenbezogene Bewirtschaftungsprämie für alle Produktionsformen unter Einschluss des Grünlandes zu ersetzen. Im Mittelpunkt des Modells sollte eine Kulturlandschaftsprämie stehen, die nicht in den Markt eingreift, da nicht die Produktion, sondern die Bewirtschaftung der Fläche unter Beibehaltung der hohen Umwelt- und Tierschutzstandards die Grundlage für die staatlichen Zahlungen bildet. Die Prämie muss WTO-kompatibel und für die Landwirte eine langfristig verlässliche Rahmenbedingung sein. Der bisher große Verwaltungs- und Kontrollaufwand wird so auf ein Minimum reduziert. Das führt zu deutlichen Einsparungen in der öffentlichen Verwaltung und senkt die Betriebskosten der Landwirte. Damit entstehen Freiräume für den unternehmerischen Landwirt. Zur Durchsetzung einer neuen Agrarpolitik muss die Bundesregierung auf europäischer Ebene in Abstimmung mit den Ländern und rechtzeitig vor Beginn der Gespräche zum so genannten „Midterm-Review“ ein schlüssiges Gesamtkonzept als deutschen Vorschlag für ein neues europäisches Agrarmodell vorlegen. Kernpunkt des Modells ist eine Bewirtschaftungsprämie für alle Produktionsformen, die die bisherigen Marktordnungen ersetzen soll.
2. Freiwillige betriebliche Eigenkontrollen, Qualitätsmanagement, Ökoaudit und Zertifizierung durch unabhängige Dritte sowie eine konsequente Produkthaftung im Rahmen eines vorsorgenden Verbraucherschutzes stärker zu verankern. Eine lückenlose Qualitätssicherung muss für die gesamte Produktionskette und -stufen gesichert sein. Das umfasst nicht nur die Landwirte, sondern alle an der Produktion Beteiligten wie z. B. die Futtermittel-

lieferanten und andere der Landwirtschaft vor- und nachgelagerte Industrien.

3. Die Chancen regionaler Herkunftszeichen der Agrarproduktion und Ernährungswirtschaft für neue Vermarktungschancen z. B. über eine Stärkung von Erzeugergemeinschaften zu nutzen und auszubauen. Dazu muss sich die Landwirtschaft als eine tragende Säule des ländlichen Raumes zukünftig stärker als Dienstleister mit einem noch breiteren Angebotsspektrum verstehen. Zu den Aufgaben im Naturschutz und der Landschaftspflege kommen die Chancen des Tourismus im ländlichen Raum hinzu.
4. Die Vorschläge der Bundesregierung zur so genannten Modulation, die zu Prämienkürzungen von bis zu 20 % für die 97 % konventionell wirtschaftenden Landwirte führen würden, zurückzuziehen und zu überarbeiten.
5. Dem freiwilligen Vertragsnaturschutz Vorrang vor einem staatlich verordneten Naturschutz einzuräumen. Eine weitere Überstrapazierung der Sozialpflichtigkeit des Eigentums muss unterbunden werden. Naturschutz kann es nur mit und nicht gegen Land- und Forstwirte geben. Ihre gesellschaftlichen Leistungen für den Umwelt- und Naturschutz müssen honoriert werden.
6. In Deutschland das Öko-Prüfzeichen nach den Richtlinien der EU einzuführen. Danach ist das Öko-Prüfzeichen auf europäischer Ebene nach den Richtlinien der deutschen Anbauverbände zu verschärfen.

Berlin, den 19. Juni 2001

Dr. Wolfgang Gerhardt und Fraktion

Begründung

- (A) Durch die Einführung einer Bewirtschaftungsprämie und die Abschaffung der Produktsubventionen sollen Agrarbürokratie und die Subventionierung von Überproduktion beseitigt werden. Unternehmerisch handelnde Landwirte sollen einen wesentlichen Teil ihres Einkommens am Markt erzielen können. Die von den Landwirten geleistete Pflege der Kulturlandschaft sowie besondere Natur- und Umweltschutzleistungen müssen dabei vergütet werden. Eine zukunftsorientierte Agrarpolitik muss sich an den Regeln der sozialen Marktwirtschaft und an den vielfältigen Aufgaben der Landwirtschaft orientieren. Die bisherige europäische Agrarpolitik erfüllt diese Aufgaben nicht. Sie leidet an zu wenig Markt und zuviel Dirigismus und Bürokratie. Nicht der Markt hat versagt, sondern die Marktordnungen der Europäischen Union. Schließlich ist eine neue europäische Agrarpolitik nicht im nationalen Alleingang, sondern nur gemeinsam mit den EU-Partnern durchzusetzen. Ein Konfrontationskurs gegen die europäischen Mitgliedstaaten und die EU-Kommission ist europapolitisch gefährlich und schadet den nationalen Interessen. Zudem werden so die Chancen für die notwendige EU-Agrarreform verschlechtert.
- (B) Die BSE-Krise hat gezeigt, dass der Staat als Kontrollinstanz nicht wirkungsvoll ist. Deshalb ist die Forderung nach einem „Mehr“ an staatlicher Kontrolle nicht die Garantie für einen besseren und vorsorgenden Verbraucherschutz. Sinnvoller ist die Konzentration der staatlichen Kontrollen auf Kernbereiche wie zum Beispiel den Gesundheitsschutz und die Stärkung privatrechtlicher Instrumente wie sie heute bereits in anderen Wirtschafts-

bereichen gängige Praxis sind. Gleichzeitig muss die Durchsetzung deutlicher Strafen bei der Missachtung definierter Standards erfolgen.

- (C) Nationale und regionale Unterschiede in der Landwirtschaft müssen zukünftig eine stärkere Berücksichtigung finden. Die regionale Produktion als zweites Marktsegment neben konventioneller Landwirtschaft und organischem Landbau wird zukünftig zunehmend an Bedeutung gewinnen. Die Nähe zwischen Landwirt und Verbraucher schafft eine neue Qualität und dadurch Vertrauen. Regionale Herkunftszeichen schaffen für Agrarproduktion und Ernährungswirtschaft zudem neue Vermarktungschancen und bietet damit zusätzliche Einkommensalternativen für die Landwirtschaft. Parallel dazu muss die Landwirtschaft die Chancen der Globalisierung und international ausgerichteter Absatzmärkte nutzen. Eine unternehmerische, wettbewerbsfähige und umweltverträgliche Landwirtschaft kann am ehesten den vielfältigen gesamtgesellschaftlichen Ansprüchen entsprechen.
- (D) Die Vorschläge der Bundesregierung zur so genannten Modulation müssen unter fachlicher und somit betriebswirtschaftlicher Sicht überprüft und korrigiert werden. Die vorliegenden Modulations-Modelle der Bundesregierung bieten keine verlässlichen Rahmenbedingungen für einen unternehmerisch ausgerichteten Landwirt. Insbesondere die finanziellen Auswirkungen sind für die große Mehrheit der konventionell produzierenden Landwirte von Nachteil. So würden die bisherigen Vorstellungen zukunftsfähige landwirtschaftliche Unternehmen benachteiligen, die kaum oder gar nicht von einer Kostendegression profitieren. Die rein willkürliche Festlegung an Hand von Betriebsgrößen ist kontraproduktiv und benachteiligt in der geplanten Form vor allem die Betriebe in den Neuen Ländern.
- (E) Dem Vertragsnaturschutz ist Vorrang einzuräumen. Eine Konsequenz ist ansonsten, dass die bewährte Kooperation zwischen Land- und Forstwirten mit den Naturschützern zerstört und so die Basis für einen erfolgreichen Naturschutz entzogen würde. Mehr als 80 % der Gesamtfläche Deutschlands werden von Land- und Forstwirten bewirtschaftet und gepflegt. Schon deshalb ist ein kooperativer Ansatz in der Naturschutzpolitik staatlichem Dirigismus vorzuziehen.
- (F) Der Verbraucher muss auf einen Blick erkennen können, nach welchen Standards Nahrungsmittel erzeugt worden sind. Auf einem internationalen Markt für Ökoprodukte reichen nationale Prüfsiegel nicht aus. Das wird insbesondere auch durch die ablehnende Haltung des Handels gegenüber nationalen Sonderwegen unterstrichen. Die von der Bundesregierung zusätzlich zum so genannten Ökosiegel geplante Einführung eines Prüfzeichens für konventionell erzeugte Produkte ist überflüssig und kontraproduktiv. Um das Vertrauen der Verbraucher in landwirtschaftliche Erzeugnisse zurückzugewinnen, müssen die bereits existierenden regionalen Qualitätszeichen gestärkt und erweitert werden.

